

Kammer Konversation mit Dr. Christina Baum MdL, AfD

„Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge“

Kurz vor dem „harten“ Lockdown Mitte Dezember trafen sich Dr. Torsten Tomppert, Präsident der LZK BW, und Dr. Christina Baum, gesundheitspolitische Sprecherin der AfD, in den Räumen der AfD-Fraktion in Stuttgart. Die LZK BW hatte im Vorfeld der Landtagswahl 2021 alle Landtags-Fraktionen zur Kammer Konversation eingeladen. Die beiden Zahnmediziner tauschten viele Erfahrungen aus, die sie während der ersten Coronawelle mit Patienten und Angestellten gemacht hatten. Einig waren sie sich in der Frage der Einrichtung von Famulaturpraxen auf dem Land, eher konträr diskutierten sie die Corona-Warn-App und Möglichkeiten der Digitalisierung in der Zahnarztpraxis.

Dr. Torsten Tomppert: Frau Dr. Baum, wir stehen kurz vor der zweiten Coronawelle. Wie haben Sie die erste Welle erlebt? War es in Ihrer Praxis auch so ruhig?

Dr. Christina Baum: Es war auf jeden Fall ruhiger als sonst. Vor allem nach der Information in den Fränkischen Nachrichten, unserer Zeitung im Main-Tauber-Kreis. Die hatte verkündet, dass nur noch Notfälle zum Zahnarzt gehen sollten. Von da an kamen nur noch Schmerzfälle.

Und Ihre Angestellten?

Die Mitarbeiterinnen sind so furchtlos wie der Chef oder die Chefin. Ich selbst war total furchtlos. Von Anfang an haben wir uns viel unterhalten und auch unsere Sicht der Dinge erklärt. Aber die Mitarbeiterinnen recherchieren auch selbst.

Außerdem bin ich der Meinung, dass es wichtig ist, Ruhe zu bewahren und nicht in Angst und Panik zu verfallen. Wir Zahnärzte sind es doch gewohnt: Bakterien und Viren fliegen uns ja quasi um die Ohren.

Das stimmt! Und viele Patienten wissen gar nicht, wenn sie infiziert sind – manche sagen es aber auch nicht. Seit den 80er Jahren, seit wir von HIV wissen, wird jeder Patient deshalb so behandelt als wäre er erkrankt. Dafür benötigen wir jedoch Schutzausrüstung. Das war ja auch ein Problem im Frühjahr ...

Wir hatten genug Vorräte und haben sogar Masken vom Landratsamt bekommen. Aber die Anästhetika waren ein Problem. Eine Zeit lang konnte man nichts mehr nachbestellen. Diese Erfahrung machen wir auch jetzt wieder.



Und wir stehen wieder vor der Frage: Sind Zahnärzte systemrelevant? Das ist auch für unsere Mitarbeiterinnen wichtig, die auf Kinderbetreuung angewiesen sind.

Natürlich! Jeder, der schon mal eine Pulpitis oder einen Abszess hatte, weiß, dass wir Zahnärzte unbedingt systemrelevant sind. Und damit auch unsere Angestellten.

Daher auch die wieder aktuelle Forderung, die zahnärztlichen Mitarbeiterinnen mit einer Einmalzahlung zu unterstützen wie beispielsweise die Klinikmitarbeiterinnen. Ich sehe das allerdings differenziert.

Im Moment fordert doch jeder etwas und ich frage Sie, wo denn das viele Geld herkommen soll? Die Frage der Finanzierung muss vorher beantwortet und geklärt

werden. Ich sehe hier ein Versäumnis.

Wie bei der Corona-Warn-App, die bisher nicht so funktioniert wie erwartet?

Wir lehnen die App im Ganzen ab. Solche Apps können meist auch andere Dinge, zum Beispiel Personen nachverfolgen. Ich sehe da ein großes Problem, einen Schritt in Richtung Überwachungsstaat. Und gerade medizinische Daten sollten unbedingt der höchsten Sicherheitsstufe unterliegen.

Aber eine Notfalldaten-Speicherung auf der Krankenversichertenkarte, zum Beispiel von Medikamentenplan oder Patientenverfügung, würden wir sehr begrüßen. Natürlich immer nur auf freiwilliger Basis und wenn der Patient das möchte, niemals verpflichtend!

Ich sehe ein Problem bei der freiwilligen Datenfreigabe. Denn nicht jeder Patient weiß, welche Daten sein Behandler tatsächlich benötigt. Ich gebe ein Stichwort: Bisphosphonat-Behandlung. Ich halte es deswegen für schwierig, wenn Patienten der Freigabe des Datensatzes im Ganzen nicht zustimmen.

Aber wir machen ja sowieso die Anamnese und erfahren solche Dinge dann im Gespräch.

Genau, außerdem ist die Anamnese auch oft ein wichtiger Austausch mit dem Patienten.

Nun kommt ja die Landtagswahl, die vermutlich nicht per Briefwahl stattfinden wird?

So einfach geht das nicht, denn das Wahlgesetz ist nicht so schnell zu ändern. Das hätte man schon viel früher auf den Weg bringen müssen.

Und welche Ziele haben Sie und die AfD für die Gesundheitspolitik im Land?

Wir haben uns grundsätzlich positioniert, denn Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge. Wir wollen eine flächendeckende Versorgung, ambulant, im Krankenhaus und für Notfälle. Denn Baden-Württemberg ist ländlich geprägt und auch aus sozialen Gründen wollen wir, dass die Wege nicht zu weit werden, z.B. für die Angehörigen. Deshalb sind wir auch gegen die weitere Privatisierung von Krankenhäusern.

Sie sind also gegen die von Fremdinvestoren getragenen Medizinischen Versorgungszentren, die so genannten MVZ?

Genau. Wir sind nicht gegen Spezialkliniken, die es schon immer



Dr. Christina Baum, gesundheitspolitische Sprecherin, AfD.

gibt. Aber Gesundheit darf nicht zur Ware werden. Wir sehen die zunehmende Privatisierung im Gesundheitswesen sehr kritisch. Und Corona hat bewiesen, wie wichtig eine flächendeckende medizinische Versorgung ist.

Viele MVZ sitzen ja in den Ballungsräumen und entwickeln da eine gewisse Sogwirkung. Auf dem Land gibt es dann immer mehr Probleme, wenn Zahnärzte einen Nachfolger für ihre Praxis suchen. Die Kammer möchte deshalb Famulaturpraxen im ländlichen Bereich fördern. Diese könnten eine steuernde Wirkung haben und mehr junge Zahnärztinnen und Zahnärz-

te motivieren, aufs Land zu gehen. Dann könnte dort beispielsweise die Abgabe einer Praxis an den Nachfolger einfacher werden.

Das findet meine volle Unterstützung. Viele Ärzte sehen die Ablösesumme für ihre Praxis als Ergänzung zur Rente. Das ist besonders auf dem Land schwierig. Dabei ist es doch viel besser für einen jungen Zahnarzt, eine gut funktionierende Praxis mit einem Team und einem Patientenstamm zu übernehmen als bei null anzufangen.

Und oft haben Zahnärzte auf dem Land noch einen höheren Status. Zwischen Zahnarzt und Patient gibt es ein ganz anderes Vertrauensverhältnis. Es gibt gute Gründe für junge Zahnärztinnen und Zahnärzte zur Niederlassung auf dem Land.

Das unterstütze ich voll und ganz. Andererseits geht es für viele junge Zahnärztinnen auch um ihre Life-Balance. Als Angestellte können sie Kinderbetreuung und Arbeitszeiten leichter unter einen Hut bringen. Und Frauen wollen oft mehr Sicherheit, Männer sind risikofreudiger.

Ich bin der Meinung, eine Niederlassung passt dennoch sehr gut zur Erwerbsbiografie von Frauen. Als Selbstständige können sie die Praxiszeiten an den Betreuungsbedarf ihrer Kinder anpassen. Wer kann das schon? Oder mehrere Frauen könnten sich für die Übernahme einer Landarztpraxis zusammenfinden.

Ja, bei den Mitarbeiterinnen geht es ja auch, wenn man sich gut koordiniert. Und dann braucht man auch keine Landarztquote, die wir als AfD sowieso ablehnen. Wir sind gegen Quoten und Zwang.

Und wie stehen Sie zur Digitalisierung? Für Altenheime sehe ich hier Möglichkeiten, zum Beispiel bei Druckstellen an der Prothese. Da könnte der Pfleger oder die Pflegerin zuerst Bilder übermitteln, und der Zahnarzt entscheidet anhand des Bildes, ob eine Behandlung umgehend notwendig ist und ob er anreisen muss.

Das kann in Ausnahmefällen sicherlich sinnvoll sein. Aber ich bin der Meinung, Zahnarzt ist ein handwerklicher Beruf. Wenn ein Patient anruft und seine Beschwerden schildert, endet es doch immer damit, dass ich zu guter Letzt sage: „Kommen Sie vorbei.“

Natürlich übermitteln auch wir Bilder per Smartphone ans Labor, zum Beispiel für den Farbabgleich. Aber der Zahnarzt muss seinen Patienten sehen. Deswegen sehe ich Videosprechstunden eher kritisch.

Und Telekonsilien? Ich finde den Austausch mit Kollegen sehr wichtig und sage immer: „Man trifft sich am Röntgenbetrachter.“



Dr. Torsten Tomppert, Präsident der LZK BW.

Da haben Sie Recht und das erlebe ich auch regelmäßig bei den Besprechungen mit meinem Mann. Deshalb denke ich, beratend ist Telemedizin auf jeden Fall möglich.

Zur Person

Dr. Christina Baum/AfD

Mitglied Ausschuss für Soziales und Integration
Leiterin Arbeitskreis Soziales und Integration
- im Landtag seit März 2016
- verheiratet, ein Kind